

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichende Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fonds Börse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermitteln.

Die Redaktion.

C. H. Berlin, 19. Juni
Deutscher Reichstag.
21. Sitzung vom 19. Juni.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher und Andere.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Gewerbeverhältnisse.

Die Abstimmung über § 12 ist in der letzten Sitzung vertagt. Derselbe setzt zur Teilnahme an dem aktiven Wahlrecht das 25. Lebensjahr fest.

Abg. Eberth (Hr.) beantragte, auch den Frauen das aktive Wahlrecht zu geben.

Denselben Antrag stellt ein Amendement Auer (Soz.), das außerdem die Altersgrenze auf das 21. Lebensjahr festsetzen will.

Die Abstimmung über § 12 erfolgt jedoch nicht. Vizepräsident Graf v. Ballestrem eröffnet vielmehr die Diskussion über § 13.

Abg. Dr. Hammer (nl.) richtet in Folge dessen die Anfrage an den Präsidenten, welche Gründe ihn veranlassen hätten, die Abstimmung über § 12 auszusetzen.

Vizepräsident Graf v. Ballestrem erklärt, daß das Haus beschließen habe, die Abstimmung über den dritten Absatz des § 12, welcher die Mitglieder einer Zunft, für welche ein Schiedsgericht errichtet ist, sowie deren Arbeiter weder für wählbar, noch für wählberechtigt erklärt, bis zur Beschlußfassung über den § 13 auszusetzen.

Es entsteht hierüber eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, in welcher die Abgeordneten v. Cuny (nl.), Ackermann (konf.), Richter und Dr. Meher-Berlin (Hr.) gegen diese Art der Verhandlung protestieren, da es völlig unzulässig erscheine, die Abstimmung über die übrigen Bestimmungen des § 12, welche mit dem dritten Absatz des § 12 in keinem Zusammenhang stehen, zu vertagen.

Die Abg. Dr. Windthorst und Dr. Porck unterstützen die Ansicht des Präsidenten.

Das Haus stimmt schließlich dem Vorschlage des Abg. Dr. Miquel (nl.) zu, zunächst von der Abstimmung über § 12 abzusehen und in die Beratung des § 13 einzutreten, in der Voraussetzung, daß die Abstimmung nach dem Laufe der gegenwärtigen Sitzung vorgenommen wird.

§ 13 wird darauf unverändert nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

§ 14 bestimmt in seinem zweiten Absatze, daß die Wähler der Verordneten und deren Stellvertreter der Befähigung der höheren Verwaltungsbehörde bedürfen, daß diese Befähigung in dessen auf Staats- oder Gemeindebeamte, welche ihr Amt kraft staatlicher Ernennung oder Befähigung verwalteten, keine Anwendung finden solle.

Abg. Auer (Soz.) beantragte die Streichung dieser Bestimmung.

Abg. Dr. Eberth (Hr.) beantragte, dem Kommissionsvorschlage hinzuzufügen, daß Gemeindebeamte, welche die Befähigung zum Richteramt oder zur Bekleidung höherer Verwaltungämter erlangt haben, der Befähigung ebenfalls nicht unterliegen sollen.

Abg. Dr. Porck (Zentr.) bezeichnet die Kommissionsvorschläge als ein Kompromiß widerstreitender Interessen einerseits des berechtigten Verlangens der Gemeinden nach voller Selbstständigkeit, andererseits des notwendigen Auf-

sichtsrechts des Staats, damit nicht besonders in kleineren Gemeinden aus Konnivenz gegen irgend welche Personen ungeeignete Vorstehende gewählt werden.

Abg. Dr. Eberth (Hr.) rechtfertigt seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß qualifizierte Gemeindebeamte bei Schiedsgerichten, die kommunale Institutionen seien, mitzuwirken hätten, ohne daß dem Staat in einem solchen Falle ein Einspruchsrecht zustehe.

Staatssekretär v. Bötticher empfiehlt die Ablehnung des Antrages Eberth, da derselbe für das Zustandekommen des Gesetzes bedeutunglos sei. Die Gewerbeverhältnisse seien keine kommunale, sondern durchaus staatliche und sprechen in Preußen im Namen des Königs Recht. Deshalb dürfe der Einfluß des Staates auf die Zusammensetzung dieser Gerichte nicht mehr beschränkt werden, als die Kommission beschloffen habe.

Abg. Ackermann (konf.) tritt dem Antrag Eberth ebenfalls entgegen. Die Stellung der Vorstehenden der Gewerbeverhältnisse sei eine sehr wichtige und werde der Staat bei der Befähigung dieser Personen sehr vorsichtig verfahren müssen.

Abg. Tugauer (Soz.): Bei allen bisherigen Schiedsgerichten sei eine Befähigung der Vorstehenden und deren Stellvertreter nicht vorgelegen und deshalb halte er eine solche auch bei den Schiedsgerichten nicht für erforderlich, namentlich wenn man bedenke, daß die Befähigung häufig aus politischen Gründen verweigert werde. Wenn angeführt werde, daß die Gerichte im Namen des Königs Recht sprechen, so müßte man doch konsequenter Weise auch für die Befähigung der Befähigten verlangen. Er empfiehlt deshalb die Streichung dieser Bestimmung.

Abg. v. Cuny (nl.): Die Gerichte seien staatliche Gerichte und der Staat übernehme die Verantwortlichkeit dafür, daß die Gerichte derselben in einer sachgemäßen Weise geleitet werden. In diesem Zwecke müßten geeignete Persönlichkeiten zu Vorstehenden ernannt werden. Er empfiehlt deshalb die Annahme des Kommissionsvorschlages.

Abg. Eberth weist auf die Ablehnung der Erklärungen hin, welche man in Preußen mit dem Befähigungsrecht gemacht habe. Also Vertrauen gegen Vertrauen, oder Vertrauen gegen Mißtrauen. Wollte er aus dem Rahmen sachlicher Erörterungen herausgehen, so würde er eine ganze Reihe von Beispielen anführen können, in welcher Weise das Befähigungsrecht geübt werde. Uebrigens sage das Gesetz im § 1, daß die Gewerbeverhältnisse auf Grund von Tatsachen errichtet werden und daß es sich um kommunale Institutionen handle.

Staatssekretär v. Bötticher: Von Mißtrauen gegen die kommunale Behörden sei keine Rede, er könnte aber auch eine ganze Reihe von Fällen anführen, in denen kommunale Behörden recht unzuverlässige Dinge beschloffen haben. Darum handle es sich hier eben nicht, sondern es handle sich um das, was zweckmäßig sei und dies sei die Ablehnung des Antrages Eberth.

Nachdem Abg. Dr. Porck (Zentr.) nochmals die Kommissions-Fassung empfohlen, wird die Diskussion geschlossen.

Der Antrag Eberth wird abgelehnt und der § 14 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 15 bezeichnet das Amt der Beisitzer als Ehrenamt. Die Uebernahme kann nur verweigert werden aus den Gründen, welche zur Ablehnung eines unbesoldeten Gemeindebeamten berechtigen. Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung Vergütung etwaiger Reisefkosten und Entschädigung für Veranlassung. Die Höhe der letzteren ist durch Statut festzusetzen, eine Zurückweisung derselben ist unstatthaft.

Ein Amendement Eberth will, daß die Ablehnung schriftlich erfolgen soll; ein Antrag des Abg. Strembeck will hinzuzufügen, daß derjenige, der ein Amt sechs Jahre hindurch verwaltet hat, für die nächsten sechs Jahre die Uebernahme derselben ablehnen kann.

§ 15 wird mit diesen beiden Anträgen angenommen.

Nach § 16 soll die Enthebung vom Amte durch die höhere Verwaltungsbehörde, die Entziehung durch das Landgericht in dessen Bezirke das Gewerbeverhältnis seinen Sitz hat, erfolgen.

Abg. Wigger (wirtsch.) beantragte, in beiden Fällen das gerichtliche Verfahren eintreten zu lassen.

Abg. Auer (Soz.) beantragte, im Falle der Enthebung vom Amte die Befähigung zuzulassen, die Bestimmung über die Amtsenthebung dagegen zu streichen.

Geb. Rath Hoffmann erklärt sich gegen diese Anträge. Eine Befähigung im Falle der Enthebung vom Amte sei nicht erforderlich, da es sich nur um eine formale Entscheidung handle, wenn die Enthebung könne nur eintreten, wenn Umstände bekannt werden, welche die Wählbarkeit zu dem betreffenden Amte ausschließen.

Abg. Dr. Meher-Berlin (Hr.) empfiehlt die Zulassung des Beschwerdeweges im Falle der Amtsenthebung, da er keinen Grund für die Ausschließung derselben sehe. Im Uebrigen aber empfehle er die Annahme des § 16. Es müsse doch möglich sein, ein Mitglied des Gerichts, welches sich der groben Verletzung der Amtspflicht schuldig mache, im Wege des ordentlichen Gerichtsverfahrens aus seinem Amte zu entfernen.

Abg. Singer (Soz.) befürwortet den Antrag Auer. Wer die Entziehung der Gerichte in Sachen kenne, der werde zu der Ansicht kommen müssen, daß diese Gerichte alles möglich sei. Es sei deshalb notwendig, alle Routinen in diesem Gesetze zu geben, um zu verhindern, daß von irgend einer Seite der Verlegung der Amtspflicht von politischen Erwägungen aus beirrt werde.

Abg. Dr. Miquel (nl.) glaubt, daß es einem preussischen Richter kaum möglich sein werde, in der politischen Meinung eines Mitgliedes des Gerichts allein schon eine grobe Verletzung seines Amtes zu erblicken, wohl aber könne es Fälle geben, in denen außerhalb des Gerichts ein Mitglied sich in Folge seiner politischen Meinung eines Vertrauensbruches schuldig mache.

Abg. Ackermann (konf.) protestiert gegen die Bemerkung des Abg. Singer, daß bei sachlichen Gerichten alles möglich sei.

Abg. Singer (Soz.): Wenn ein säch-

liches Gericht es fertig gebracht habe, ein rothes Tagelohn für ein revolutionäres Abzeichen anzusetzen, so sei die Befähigung, daß diesen Gerichten alles möglich sei, vollkommen gerechtfertigt. (Murren rechts. Rufe: Zur Ordnung!)

Vizepräsident Dr. Baumbach erklärt einen derartigen Ausdruck gegenüber einer deutschen Behörde für unzulässig.

Abg. Kauffmann (Hr.) ist der Ansicht, daß es eine Bestimmung geben müsse, welche es ermögliche, unwürdige Richter aus ihrem Amte zu entfernen. Die Fassung des § 16 sei in diesem Sinne klar genug und behalte er sich für die dritte Lesung einen dahin gehenden Antrag vor.

§ 16 wird darauf in der Fassung der Kommissionsvorschläge angenommen, doch werden auf Antrag des Abg. Dr. Miquel (nl.) die Worte „Beschwerde findet nicht statt“ gestrichen.

Die Paragraphen bis 20 werden genehmigt. Mit § 21 beginnt der zweite Abschnitt, der von dem Verfahren handelt.

Nach § 22 ist dasjenige Gewerbeverhältnis, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung aus dem Arbeitsverhältnis zu erfüllen ist, Abg. Auer (Soz.) beantragte diese Bestimmung dahin zu fassen: „Zuständig ist dasjenige Gewerbeverhältnis, in dessen Bezirk das Streitverhältnis zu Grunde liegende Arbeitsverhältnis besteht oder bestanden hat.“

Dieser Antrag wird abgelehnt, § 22 angenommen, doch werden auf Antrag des Abgeordneten v. Cuny (nl.) die Worte „aus dem Arbeitsverhältnis“ gestrichen.

Der von der Kommission beschlossene § 25a bestimmt, daß Rechtsanwältinnen als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbeverhältnisse nicht zugelassen sind, während Abg. v. Pletten (Hr.) durch eine von ihm beantragte Änderung die Zulassung der Rechtsanwältinnen von der Genehmigung des Vorstehenden des Gerichts abhängig machen will.

Abg. Kauffmann (Hr.) vertritt den Vorschlag der Kommission, während Staatssekretär v. Bötticher den Antrag als eine Verbesserung bezeichnet, da es ungerecht erscheine, dem Arbeiter oder Arbeitgeber in allen Fällen die Möglichkeit zu nehmen, sich eines Rechtsbeistandes zu bedienen. Es handle sich bei den Gewerbeverhältnissen nicht immer um untergeordnete Dinge.

Abg. v. Pletten zieht indessen den Antrag wieder zurück, um die dritte Lesung einer klareren und unabweisbareren Fassung derselben vorzubereiten.

§ 25a wird hierauf unverändert angenommen. Abg. Eberth (Hr.) beantragte die ausgestrichene Abstimmung über § 13 bezüglich des Einmutterrechts der Frauen vorzunehmen.

Vizepräsident Graf v. Ballestrem verbleibt bei seiner Ansicht, daß eine Abstimmung erst zulässig sei, wenn der ganze Paragraph beraten werde, doch giebt er die Entscheidung dem Hause anheim.

Abg. Dr. Windthorst (Hr.) beantragte, in die Diskussion über das dritte (angefegte) Alinea des § 12 in Verbindung mit § 72 der Vorlage zuerst und zwar sofort einzutreten und die Abstimmung bis dahin auszusparen.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag Windthorst (durch Hammelsprung) mit 114 gegen 101 Stimmen angenommen.

Ein Antrag des Abg. Dr. Eberth auf Vertagung wird abgelehnt.

§ 72 bestimmt, daß die Zuständigkeit der Zünfte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Belegschaften, sowie die Zuständigkeit der Zünfte-Schiedsgerichte durch das vorliegende Gesetz keine Einschränkung erleiden soll. Durch die Zuständigkeit einer Zunft oder eines Zunft-Schiedsgerichts wird die Zuständigkeit eines für den Bezirk der Zunft bestehenden oder später errichteten Gewerbeverhältnisses ausgeschlossen.

Abg. Auer (Soz.) beantragte, den letzten Satz dahin zu fassen: „Durch die Zuständigkeit eines für den Bezirk einer Zunft bestehenden Gewerbeverhältnisses wird die Zuständigkeit einer Zunft oder eines Zunft-Schiedsgerichts ausgeschlossen.“

Abg. Eberth empfiehlt die Streichung des § 72 im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung in gewerblichen Streitigkeiten, welche durch zwei für dieselbe Sache kompetente Gerichte gefährdet werde.

Abg. Tugauer (Soz.) bekämpft ebenfalls die Zulassung der Zunft-Schiedsgerichte, da durch dieselben die Unparteilichkeit und die Möglichkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nur gefährdet werde.

Nachdem Abg. Ackermann (konf.) die Vorschläge der Kommission verteidigt, wird ein abgemäßigter Vorschlag angenommen, wonach abgelehnt.

Abg. Dr. Meher-Berlin (Hr.) verweist darauf, daß die Kommission durch diesen Paragraphen die Vorlage in der tiefsteinsten Weise umgestaltet und seiner Ansicht nach verächtlichst habe und hält es für bedenklich, so wichtige Bestimmungen in so vorgezückter Stunde zur Entscheidung zu bringen. Die Zünfte, wie sie bestehen, seien sehr schwach und finden sich in den Schiedsgerichten eine Stützung. Die Gewerbeverhältnisse werden allgemeines Vertrauen genießen, zu den Zünften sei unter den Gewerbetreibenden und Arbeitern kein oder nur sehr geringes Vertrauen. Statt einfacher Zustände werde man nur einen Zustand des Chaos haben, der auf die Rechtsprechung eingreifen wird.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und dritte Beratung der Kolonial-Vorlage.

Deutschland.

Berlin, 19. Juni. Wie dem „Hamburger Korrespondenten“ aus Helgoland gemeldet wird, hatte sich gestern die Nachricht über die Abreise Helgolands nach Entsetzen der Depesche wie ein Lauffeuer über die Insel verbreitet und wurde mit aufregender Aufmerksamkeit aufgenommen. Allgemeine frohe Hoffnungen wurden an dieses Ereignis geknüpft und die lebhaftesten Demonstrationen wurden nach der definitiven Uebergabe nicht fehlen. Nach einer Meldung der „Münch. Allg. Ztg.“ ist bereits eine Volksversammlung anberaumt.

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

In diesem Augenblicke haben wohl einige Angaben über den Etat der Insel Interesse, die aus englischen Blättern zusammengefaßt sind: Die Einnahmen haben sich von 6975 Pfd. Sterl. im Jahre 1881 auf 9577 Pfd. Sterl. im vorigen Jahre gehoben, die Ausgaben von 7745 Pfd. Sterl. auf 8080 Pfd. Sterl., so daß das vorige Jahr mit fast 30,000 M. Ueberschuß abgeschlossen hat. Es kommt dabei allerdings in Betracht, daß das Gehalt von jährlich 800 Pfd. Sterl. für den Gouverneur von der Krone bezahlt wird. Schulden hat Helgoland nicht. Für öffentliche Arbeiten wurden im vorigen Jahre 1699 Pfd. Sterl. ausgegeben, in der Hauptsache zu dem Zwecke, die Sandbänke gegen die Brandung zu schützen. Wenn die Saison von 1890 so günstig wie die vorige verläuft, sind genügende Summen bereit, um die in dem letzten Blaubuche gewünschten Verbesserungen einzuleiten.

Dem germanischen National-Museum in Nürnberg, das sich in hohem Maße der Fürsorge der Kaiser Wilhelm und Friedrich zu erfreuen hatte, ist vom Kaiser Wilhelm II. ebenfalls ein Zeichen hoch erfreulichen Interesses zugekommen. Der hohe Herr hat gleich der Mehrzahl der regierenden deutschen Fürsten zu den Kosten des Anlaufes der künftigen Entloosungssammlung, durch welche bekanntlich die Waffen-Sammlung des germanischen Museums zu einer solchen allerersten Ranges erhoben wurde, einen außerordentlichen Beitrag von 10,000 Mark gespendet.

In der Arbeiter-Zunft-Kommission des Reichstages theilte gestern Abend der Vorsitzende Graf v. Ballestrem mit, daß auf von ihm am kompromittirten eingegangene Erhebung ihm die Mitteilung geworden, daß die Arbeiten der Kommission nicht „pro nihilo“ sein würden, da die gegenwärtige Session des Reichstages jetzt nicht geschlossen, vielmehr zunächst nur vertagt werden wird. Die Diskussion betraf den ganzen Abend lediglich den von sozialdemokratischer Seite beantragten geschilderten Normalarbeitstags (durch ein neues § 136 a), wogegen das Zentrum zunächst die Einführung eines elfstündigen Normalarbeitstags in Vorschlag brachte. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller und des Abg. Dr. Richter (Zentrum) abgelehnt. Der Antrag des Zentrums fiel sodann gegen 8 Stimmen. Die Beratungen werden heute Abend fortgesetzt.

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Der Divisions-General J. D. Tricoche, militärischer Mitarbeiter der „Republique Française“, hat, wie bereits gemeldet, in St. Die, dem ehemaligen Wahlkreis Jules Ferry's, seine Kandidatur gegen die des „invalideren“ Kommandanten Picot aufgestellt. Gestern hat der General, dessen Kandidatur von dem früheren Komitee Jules Ferry's unterstützt wird, in dem großen Saale des Stadthauses von St. Die seine erste Wahlversammlung veranstaltet, welcher über tausend Wähler aus allen Punkten des Bezirkes beizuhöhen. Die Rede des Kandidaten dürfte beweisen, daß in den Vogesen, hart an der Grenze, keineswegs, wie oft behauptet wird, ein besonderer Nothstand herrscht, da der General es für möglich erachtet hat, in allen Zonarien seine Friedensliebe zu bekunden. So erklärte er, daß ihm im Kriegesfalle die Führung eines Armeekorps zugefallen sei, aber obgleich er verschiedene Feldzüge mitgemacht habe, sei er Anhänger eines würdigen Friedens, denn die Pflicht der Republik bestünde darin, die Lage des Volkes zu verbessern und Abenteuer zu vermeiden. Gerade weil er den Krieg aus Erfahrung kenne und weil er schwere Wunden davon getragen habe, sei er friedlich gesinnt. Die Angst seiner eigenen Familie habe ihm gezeigt, um welchen Preis eine Nation den Waffeneinsatz erkaufte. Seit 20 Jahren habe die Republik den Frieden mit Würde gesichert und bezüglich einer Frage, welche hier an der Grenze Allam am Herzen liegt, sei er der Ansicht, daß eine ehrenwerte Lösung aus der Thatfache hervorgehen könne, daß Frankreich stark sei und daß seine Stimme in dem Rathe der europäischen Nationen gehört werde. (Der General schließt mit ein starkem Optimismus zu sein.) Auf die Frage eines Herrn Kempf, Präsident der elsass-lothringischen Affiziation, ob der General im Falle der Wahl nicht den Versuch machen werde, auf diplomatischem Wege die Aufhebung des Paßzwanges zu erlangen, antwortete der Kandidat, er sei durch seine Heirat mit den Familien Turdeim und Dietrich in Niederbronn verknüpft, leide daher mehr als irgend ein anderer unter dieser Maßregel; er werde deshalb Alles aufbieten, um die Aufhebung derselben herbeizuführen. Nachdem der Kandidat dieses patriotische Versprechen abgegeben hatte, wurde seine Kandidatur von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Wahl des Herrn Picot war, wie die angeordnete parlamentarische Untersuchung ergeben hat, durch eine unerhörte Korruption, durch Bestechungen und Stimmkaufen zu Stande gekommen, es soll aber auch bei der Neuwahl dieser Kandidat, der sich nicht mehr als Boulangist, sondern als nationaler Republikaner bezeichnet, die größten Ausfälschungen haben, wieder gewählt zu werden. Man sollte aber meinen, daß die Folgen des General's Tricoche bezüglich des Elsaß-Lothringens und bezüglich der Paßfrage ganz besonders geeignet erscheinen müßten, dem republikanischen Kandidaten den Sieg über den boulangistischen Kandidaten zu sichern. Das wird sich in 14 Tagen zeigen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

Die Tagesordnung war sehr umfangreich, bot aber trotzdem nur wenige Gegenstände von Interesse. Von einigen Dankschreiben wurde Kenntnis genommen. Von dem sozialdemokratischen Wahlverein für Stettin ist ein Schreiben eingegangen, worin protestiert wird gegen die „unverantwortliche“ Verwendung von Gemeindegeldern, wie solche bei Veranlassung eines Wanderverschlusses für den Regatverein bewiesen ist. (Weiteres.)

Stettin, 20. Juni. Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat voraus, in welcher die Wahl der 5 Vertrauensmänner für den pro 1891 zu bildenden Ausschuss des königlichen Amtsgerichts Stettin vorgenommen und die Herren Stadtrat v. Conrath, Stadtrat v. Edel, Gymnasialdirektor Professor Lemke, Glasmeister Klinger wieder und Herr Stadtverordneter Seyke ernannt wurden.

